

Protokollauszug

aus der
44. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses
vom 28.09.2023

öffentlich

**Top 7 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78
SGB VIII**

UA JHP

Der Unterausschuss Jugendhilfeplanung tagte am Donnerstag, den 21.09.2023.

Zum Thema Fachkräftemangel habe man den Prozess der Fachtagesdurchführung und Ergebnispriorisierung durch die Planungsgruppe der Jugendhilfe rekapituliert. Die Prioritätenliste sei in eine Handlungsempfehlung umformuliert worden. Der Wunsch des Unterausschusses zur Diskussion zu den Ergebnissen in einer Klausurtagung mit dem Jugendhilfeausschuss sei seitens der damaligen Beigeordneten abgelehnt worden. Für das weitere Vorgehen seien die Ergebnisse zu folgenden Fragestellungen zu prüfen: gibt es Neues (aufgrund der vergangenen Zeit), was wurde schon kommuniziert, unter anderem seitens der Politik, was wäre kommunal und was davon auch kurzfristig umsetzbar.

Aus Trägerperspektive seien Zuwendungen und Eingruppierungen Themen, die dringend besprochen werden müssen. Es seien 5 bis 6 Stellen in den Kinder- und Jugendclubs nicht besetzt, bei Urlaub und Krankheit seien die Einrichtungen geschlossen. Forderungen an die Politik sollten formuliert werden (ohne gleich die Finanzbremse im Kopf zu haben). Was könne schnell gelöst werden, zum Beispiel das Thema Richtlinie Jugendförderung aktualisieren. Es wurde mit Herrn Prof. Dr. Hafezi ein Termin mit den freien Trägern zum Vertragsmanagement vereinbart. Im Vorfeld werde man seitens des Unterausschusses die Ideensammlung noch einmal prüfen, ergänzen und bewerten.

Frau Peters habe im Unterausschuss dazu berichtet, dass diverse Informationen dazu im Jugendhilfeausschuss gegeben worden seien. Die Themen Personalbedarf und -planung im ASD seien in ProjektAbstimmung, dieser Prozess dauere noch bis Ende Mai 2024. Dies habe einige Mitglieder irritiert, da ein Ende für 2023 versprochen worden sei. Der Dienstleister beanspruche viel Zeit vom Personal und das erfolge alles neben der originären Arbeit. Man wünsche sich bei solchen Prozessverschiebungen informiert zu werden. Erste belastbare Zwischenergebnisse könne Herr Prof. Dr. Hafezi Ende 2023 im Jugendhilfeausschuss präsentieren.

Ein weiteres Thema seien die Regionalkonferenzen als der Umsetzung der neuen Gremienstruktur gewesen. Es werde von diversen Umstrukturierungen und Personalwechseln tangiert. Ausgangslage einer Gremienumstrukturierung sei die nicht mehr leistbare Teilnahme seitens der Verwaltung an vielen Gremien gewesen. Diverse Diskussionsprozesse hätten eine erneute Struktur erzeugt, da keine stetigen Abstimmungen mit allen freien Trägern geben könne. Für unvorhersehbare Bedarfe sollten die regionalen Netzwerke ein Budget bekommen. Der große wachsende Potsdamer Norden solle eine eigene Gruppe bekommen. Dazu sei im Jugendhilfeausschuss in

der Oktobersitzung 2022 ein Beschluss gefasst und inzwischen ein Geschäftsordnungsentwurf für die regionalen Netzwerke abgestimmt worden. Aktuell sei laut dem Unterausschuss der öffentliche Träger nicht mehr mit den freien Trägern im regelhaften Gespräch dazu. Daher sei die Thematik „Gremien- und Kommunikationsstruktur umsetzen“ wichtiger denn je. Offen sei noch, wer seitens der Verwaltung in den regionalen Netzwerken mitwirke. Herr Prof. Dr. Hafezi habe angekündigt dazu in der Verwaltung Rücksprache halten zu müssen und um etwas Zeit gebeten. Er wolle alle Beschlüsse auf Fachlichkeit und Umsetzbarkeit prüfen. Es bestehe weiterer Gesprächsbedarf bei der Thematik Sozialraumorientierung – habe man auch die Verknüpfung mit weiteren Rechtskreisen (zum Beispiel SGB II und XI) berücksichtigt? Hierzu bestehe weiterer Gesprächsbedarf. Allein wegen der Umsetzung der Inklusion müsse man über den Rechtskreis SGB VIII hinausschauen. Man weist darauf hin, dass die Kinder, die betreut werden müssten, in ihrer Vielfalt bereits da wären und dies neben allen Gesetzesänderungen und daraus resultierenden strategischen Erwägungen nicht aus den Augen verloren werden solle.

Voraussichtlich im Dezember werde sich Herr Prof. Dr. Hafezi zum weiteren Umgang mit sozialräumlicher Kommunikation im Unterausschuss positionieren. Dann werde diskutiert, wie die Konferenzen in den Regionen stattfinden sollen. Alle freien Träger der Jugendhilfe werden demnächst durch Herrn Prof. Dr. Hafezi zu einem Kennlerngespräch eingeladen.

AG Kita

Frau Frenkler berichtet, dass die AG nicht getagt habe. Die Trägerberatung habe nicht stattgefunden. Sie äußert ihren Unmut darüber, da beide Termine seitens der Verwaltung abgesagt wurden. Es gebe dringenden Beratungsbedarf.

AG HzE

Der Bericht wurde schriftlich von Herrn Lutz Küken nachgereicht, da er in der Sitzung nicht anwesend sein konnte.

Die AG tagte am 12.09. im Projekt „Calz“ der AWO.

Es erfolge die Vorstellung des Projektes „Calz“, Abkürzung für CareLeaverZentrum. Das Zentrum soll Bedingungen für junge Menschen schaffen, die es ihnen ermöglichen, nicht in anderen Hilfesystemen zu „landen“, sondern ihnen die Zeit geben, sich in einem Beziehungskontext zu entwickeln, der Familie nicht ersetzt, aber Strukturen und Halt bietet. Im CALZ-Projekt finden sie verlässliche Ansprechpartner, die ihnen an einem sicheren, geschützten Ort Halt und Sicherheit geben. Seitens der AG werde empfohlen, die Mitarbeiter*innen des sehr interessanten Projektes zum Jugendhilfeausschuss einzuladen, um es dort vorzustellen.

Weiterhin habe man nach der Anfrage von Trägern der Eingliederungshilfe als AG beschlossen, diese zu den Sitzungen einzuladen und den kommenden Anforderungen entsprechend einzubinden. Zukünftig solle geprüft werden, bis zu welcher Größe das Gremium arbeitsfähig sei und entsprechende Modalitäten besprochen werden.

In der AG bestehe der einhellige Wunsch, dass nach den verschiedenen Umstrukturierungen im Jugendamt der letzten Jahre wieder kontinuierliches Arbeiten möglich werde. Ebenso bestehe der Wunsch nach einer schnellen Neubesetzung der Stelle der Leitung des Jugendamtes.

AG JuFö

Frau Tietz berichtet, dass die AG zuletzt am 21.09.2023 getagt habe. Verabschiedet wurde Ike Borg als Sprecherin. Als neue Sprecherinnen gewählt wurden Julia Schultheiss und Katharina

Tietz.

Die AG Jugendförderung habe die Umstrukturierung des Fachbereichs zur Kenntnis genommen und möchte darauf hinweisen, dass der Bereich Jugendförderung auch in der Struktur des Fachbereichs sichtbar sein sollte und derzeit nur in der Arbeitsgruppe Strategie "versteckt" sei.

Weiterhin habe sich die AG mit dem Thema der Einbeziehung und Beteiligung von jungen Menschen in dem hochschwelligem Gremium beschäftigt und beginnt in diesem Kontext einen Abstimmungsprozess mit der Koordinatorin für Kinder und Jugendliche Frau Buhr.

Die AG habe zum Thema Freiflächen festgestellt, dass diese für Kinder und Jugendliche weiterhin wegbrechen würden und die jungen Menschen bei den Verdichtungs- und Neubauplanungen nicht in den Blick genommen und teilweise komplett abgehängt würden. Junge Menschen müssten in allen sie berührenden Angelegenheiten beteiligt werden.

Aus dem Arbeitskreis Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen (AKKJ) gab es den Bericht von zunehmenden Herausforderungen in den Kinder- und Jugendclubs aufgrund der sehr diverseren Zielgruppen, die jeweils ganz spezifische Herausforderungen mitbringen würden. Deren Begleitung könne mit den vorhandenen personellen Ressourcen kaum geleistet werden. Besonders hervorgehoben wurden hier die Kinderclubs, die zum Teil mit sehr großen Nutzer*innengruppen konfrontiert seien. Die AG Jugendförderung bildet derzeit eine Unterarbeitsgemeinschaft, um den AKKJ adäquat bei der Erarbeitung von Lösungsansätzen begleiten zu können.

Sie bittet darum in der nächsten Sitzung zur Machbarkeitsstudie Kantstraße zu berichten.